

Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und
Verkehr -

Tagesordnung 1 Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 10.03.2005

Vorlage Nr. 05-F-01-0025

Liliencarré

Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 08.03.2005

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Nach der Erklärung der Commerzbank Grundbesitz Invest (CGI), sich aus dem Projekt Liliencarré zurückzuziehen, droht für den geplanten Bürokomplex der Leerstand von Büroflächen.

Der Magistrat wird deshalb aufgefordert

das Konzept der Büro-Standorte Liliencarré und Verwaltungszentrum Mainzer Straße im Hinblick auf ein drohendes erhebliches Überangebot an Büroflächen zu überdenken; zu prüfen, ob öffentliche Einrichtungen wie z.B. das geplante Justizzentrum im Bürokomplex am Liliencarré untergebracht werden können und diesbezüglich umgehend Gespräche mit dem Land Hessen aufzunehmen; unverzüglich den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Juli 2004 umzusetzen, gemeinsam mit dem Land Hessen eine Arbeitsgemeinschaft „Folgenutzungen leer stehender Gebäude des Landes“ ('AG Leerstand') einzurichten.

Beschluss Nr. 0066

Der Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 08.03.2005 betr.

Liliencarré

wird abgelehnt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2005

Kessler
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .03.2005

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2005

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister